

Gemeinden und BI vermissen verbindliche Zusage

Von **BZ-Redaktion**

Mi, 06. November 2019

Rheinhausen

Vereinbarung zur Erprobung der Schlutenlösung ist deren Befürwortern zu wenig ohne klare Regelung bei erfolgreichem Test.

NÖRDLICHER BREISGAU/KAISERSTUHL (BZ). Die Argumente und Erklärungen zum Thema Integriertes Rheinprogramm und Schlutenlösung gehen weiter. Nachdem das Regierungspräsidium am Montag zu Aussagen beim Aktionstag Stellung bezogen hatte, kontern nun die Gemeinden Sasbach, Wyhl, Weisweil und Rheinhausen und sowie die Bürgerinitiative. Sie fordern mehr Rechtssicherheit, als nach ihrer Ansicht bislang von Behördenseite zugesagt werde.

Die Gemeinden und die Bürgerinitiative halten an ihren Forderungen zur Schlutenlösung fest, heißt es in einer Presseerklärung vom Dienstag. Nach der jüngsten Erklärung des Regierungspräsidiums habe man sich mit den Gemeinden und der BI bereits auf einen Weg verständigt, der allen Interessen gerecht werde. Für das Regierungspräsidium erschöpfe sich das Interesse der Gemeinden und der BI jedoch in einem rechtssicher und verbindlich festgelegten Schlutentest über fünf Jahre mit einem ergebnisoffenen Monitoring. Dies sei jedoch "zu kurz gesprungen", und das habe man in dem Gespräch mit Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Landrat Hanno Hurth am 24. Oktober bereits deutlich gemacht. Mit der angebotenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, in der nur die Erprobung der Schlutenlösung festgeschrieben wird, lasse sich die von den Gemeinden und der BI geforderte Rechtssicherheit nicht erreichen. Zitat: "Solange das Regierungspräsidium nicht bereit ist, sich auch rechtlich zu binden, dass bei einer positiven Erprobung der Schlutenlösung durch die spätere Änderung des Planfeststellungsbeschlusses die Schlutenlösung an die Stelle der ökologischen Flutungen treten wird, ist die vom Regierungspräsidium angebotene Vereinbarung wertlos."

Die Gemeinden und die Bürgerinitiative seien dankbar für die parlamentarische Unterstützung der regionalen Abgeordneten von CDU, SPD und FDP in dieser Sache. Diese hätten beim Aktionstag am Sonntag mehr Mut von Umweltminister Franz Untersteller und Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer verlangt, die Schlutenlösung auch tatsächlich umzusetzen. Gemeinden und Bürgerinitiative betonen, anstelle eines Austauschs bekannter Positionen über die Medien erwarte man "ein echtes Angebot des Regierungspräsidiums, dass in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht nur die Erprobung der Schlutenlösung, sondern auch die spätere Ersetzung der ökologischen Flutungen durch die positiv erprobte Schlutenlösung rechtlich verbindlich festgelegt wird".